

BEWERBUNG FÜR DEN BUNDESTAG 2021



MERLE SPELLERBERG

Die Klimakrise, Rassismus, Klassismus, Sexismus, ... Es gibt so viele Baustellen in diesem Land und auf der Welt, die wir endlich anpacken müssen. Die elende Situation der Menschen auf Lesbos, riesige Waldbrände, rechtsterroristische Anschläge, die Covid19-Pandemie, die bestehende Ungerechtigkeiten in Deutschland und weltweit nur noch weiter gestärkt hat, sind nur einige wenige konkrete Beispiele. Wir stolpern von einer Krise in die Nächste ohne die Vorige bewältigt und aus ihr gelernt zu haben. Die Art, wie wir in unserer Gesellschaft miteinander leben, Politik betreiben und wirtschaften muss sich grundlegend ändern. Wir dürfen nicht weiter akzeptieren, dass gegen Rechtsextremismus und rechte Strukturen in den Behörden seit Jahrzehnten nichts unternommen wird! Wir können auch nicht akzeptieren, dass wir weiter unseren Planeten und damit Existenzgrundlagen von Menschen zerstören. Es darf nicht sein, dass Reiche immer reicher werden und anderen Menschen nicht einmal ansatzweise ein menschenwürdiges Leben möglich ist. Wir brauchen endlich ein gutes Leben für alle! Und wir haben schlichtweg keine Zeit mehr zu warten und Dinge nacheinander anzugehen: Die Zeit für radikalen Wandel ist jetzt! Ich möchte Teil dieses Wandels werden und kandidiere daher für die Bundestagswahlen 2021.

Wirtschaft anders denken

Wie wir miteinander leben, wird maßgeblich durch unser Wirtschaften beeinflusst. Momentan führt das zu absolut unverhältnismäßigen Vermögensanhäufungen auf der einen und Armut auf der anderen Seite, zur Ausbeutung des Globalen Südens, zur Unterdrückung von Frauen, zu maroden Gesundheitssystemen und zu der Zerstörung unserer Umwelt und des Klimas. Als Delegierte der GRÜNEN JUGEND in die Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft & Finanzen von Bündnis 90/Die Grünen habe ich über zwei Jahre lang mitarbeiten und eben auch sehen können, wo wir als Partei deutlich nachbessern müssen. Daneben engagiere ich mich im Netzwerk Plurale Ökonomie für eine Volkswirtschaftslehre, die eben nicht bei einer Denkschule endet. Beides, mein Studium der VWL und einfach die Beobachtung unserer so unfassbar ungerechten Gesellschaft hat mir noch deutlicher gemacht: Wir brauchen endlich einen Paradigmenwechsel.

Weg von einem Kapitalismus, der sich mehr um Profite als um Menschen schert, hin zu einem Wirtschaftssystem, das sich an sozialer und globaler Gerechtigkeit, an planetaren Grenzen und dem 1,5 Grad Ziel orientiert. Damit einher geht die Abkehr von Wirtschaftswachstum um jeden Preis und dem

VOTENTRÄGERIN

des KV Dresden & der GRÜNEN JUGEND

POLITISCHES

Sprecherin der GRÜNEN JUGEND Sachsen (seit 2019)

Delegierte der GRÜNEN JUGEND zum Council der European Green Party (seit 2019)

Delegierte der GRÜNEN JUGEND für die BAG Wirtschaft und Finanzen (seit 2018)

Delegierte in den Bundesfrauenrat durch Sachsen (seit 2020)

Wahlkampfleitung der GRÜNEN JUGEND Sachsen zur Landtagswahl (2019)

Internationale Koordination der GRÜNEN JUGEND (2019)

Wahlkampfteam Europa der GRÜNEN JUGEND Dresden (2019)

Mitglied GJ und B'90/ DIE GRÜNEN (seit 2017)

ÜBER MICH

24 Jahre

KV: Dresden

Studium: VWL/Völkerrecht/Internationale Beziehungen an der TU Dresden

MEINE THEMEN

Wirtschaften innerhalb der planetaren Grenzen und soziale, globale sowie Klimagerechtigkeit, Feministische Außenpolitik, Intersektionaler Feminismus, Antifaschismus

reinen Fokus auf einer Leistungsgesellschaft und vermeintlicher Chancengleichheit, die an den Lebensrealitäten zu vieler Menschen, insbesondere von Frauen, vorbeigeht. Sorgearbeit ist Arbeit und eine 30 Stunden Woche bei vollem Lohnausgleich keine Utopie. Das Bruttoinlandsprodukt als Wohlstandindikator ist ein Faktor, darf jedoch nicht alleine betrachtet werden, Wir müssen auch auf die Qualität des Gesundheitssystems, die Abdeckung der sozialen Fürsorge, den Zustand unserer Umwelt und Bildungsgerechtigkeit schauen, wenn wir über Wohlstand sprechen. Es muss klar sein, dass weder Gesundheitsleistungen noch Rente weiter privatisiert werden dürfen. Daseinsfürsorge ist staatliche Aufgabe. Dazu gehört auch eine echte, armutsfeste Grundsicherung und damit die längst überfällige Abkehr von Hartz IV. Und wenn wir schon dabei sind: Echte Chancengleichheit bedeutet auch die Angleichung von Lebensverhältnissen, von Renten und Löhnen in Ost und West.

Wir brauchen eine Kehrtwende zu mehr Umverteilung in unserem Steuersystem: Dazu gehört eine progressive Steuer auf leistungsloses Einkommen ebenso wie eine Reform der Erbschaftssteuer. Nur so können wir die Basis für eine gerechte und solidarische Gesellschaft schaffen. Staatliche Subventionen und Finanzanlagen müssen sich außerdem konsequent nach sozial-ökologischen Kriterien richten. Es ist somit auszuschließen, dass öffentliche Gelder direkt oder indirekt zur Finanzierung von fossilen Energien beitragen oder durch Investments in die Rüstungsindustrie fließen. Und beim Thema Finanzen bleibend: Generationengerechtigkeit lässt sich nicht durch eine schwarze Null herstellen, sondern durch echten Klimaschutz und Investitionen in die Zukunft. Zudem dürfen wir nicht vergessen, dass wir als Industrienation für die Klimakrise hauptverantwortlich sind. Aus diesem Grund haben wir die besondere Verpflichtung unsere Emissionen zu senken. Das bedeutet auch für uns in Sachsen den Strukturwandel in den Kohleregionen und der Automobilindustrie endlich ernst zu nehmen und umzusetzen. Dabei gilt es eine klare Linie aufzuzeigen, den Menschen vor Ort Perspektiven darzulegen und deren Jobs zukunftsfähig zu machen. Nur so können Klimaschutz und Soziales zusammengebracht werden.

Freies und kreatives Handeln von Menschen entsteht nicht nur, wenn sie im fairen und regulierten Wettbewerb und in Konkurrenz miteinander stehen, sondern auch durch gesellschaftliche Kooperation und die Mobilisierung kollektiver Kräfte. Diese kooperativen Formen des Wirtschaftens gilt es zu stärken. Ob Unternehmen nachhaltig handeln oder die Umwelt zerstören und ob Menschenrechte geachtet oder mit den Füßen getreten werden, sollte zudem nicht in der Verantwortung von Konsument*innen liegen, sondern durch staatliche Regulierungen sichergestellt werden. Deshalb brauchen wir ein Lieferkettengesetz, das auch auf mittelbare Zulieferer Anwendung findet und bei Verstößen Sanktionsmöglichkeiten bereitstellt. Wenn etwa in Sachsen ansässige Unternehmen in ihren Lieferketten Zwangsarbeit tolerieren, nicht auf die Wahrung der Menschenrechte und den Schutz der Umwelt achten, muss dies zivilrechtliche Folgen haben. Wir wollen klare und faire globale Regeln, damit die Wirtschaft dem Gemeinwohl und der Umwelt nutzt.

Eine starke Außenpolitik ist feministisch

Nach dem Abi habe ich ein Jahr in Jerusalem und Bethlehem gelebt und mittlerweile studiere ich Völkerrecht und Internationale Beziehungen. Beides hat mir sehr unterschiedliche Perspektiven auf internationale Konflikte ermöglicht und mich und mein Interesse an Außenpolitik stark geprägt. Theoretische Überlegungen zu Frieden sind das eine, das Leben vor Ort häufig das andere. Ich habe sowohl Fähigkeiten im Bereich internationaler Verhandlungen, etwa bei den National Model United Nations in New York, erlangt, als auch private Gespräche vor Ort führen können. Daneben bin ich Delegierte zum Council der European Green Party und kann hierüber auch auf europäischer Ebene Themen setzen und Erfahrungen sammeln.

Um neokoloniale und patriarchale Strukturen zu durchbrechen, globale Gerechtigkeit und eine internationale Gemeinschaft auf Augenhöhe zu erreichen, brauchen wir ein radikales Umdenken in unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Aus einer machtkritischen Perspektive muss Sicherheit menschlich und aus der Perspektive der Verletzlichsten unserer Gesellschaft gedacht werden, nicht nur militärisch. Sicherheit und Frieden sind mehr als die Abwesenheit von Krieg. Anstelle von nationalen Interessen gehört die Achtung der Menschenwürde und Freiheit, die persönlicher Entwicklung ebenso wie zivile Konfliktprävention und Friedenssicherung in den Mittelpunkt. Sicherheit bedarf zudem Abrüstung im Allgemeinen und Deutschlands Unterzeichnung und Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrag im Besonderen.

Bei einer feministischen Außenpolitik geht es um Ressourcen, um Repräsentation und um Rechte. Es geht um die Dekonstruktion von (Macht-)Strukturen. Darum, dass Frauen und marginalisierte Gruppen an Verhandlungstischen sitzen und in Friedensprozessen aktiv partizipieren. Darum, dass ganz simpel die Menschenrechte für alle gelten. Zudem müssen wir auch in der Außenpolitik konsequent die Klimakrise mitdenken. Wir brauchen eine Klimaaußenpolitik. Dazu gehört neben dem entschlossenen Eintreten für die Einhaltung der Klimaverträge und der Einführung eines Klimapasses auch ein Ausbau der ökologischen Entwicklungspolitik und eine bessere Finanzierung der Bekämpfung der Klimakrise auf globalem Level. Nie dürfen wir jedoch Aspekte globaler Gerechtigkeit und die Rechte indigener Völker vergessen oder gar ignorieren und in koloniale Strukturen zurückfallen.

Es bedarf der Weiterentwicklung und Demokratisierung der Vereinten Nationen anstelle von intransparenten und exklusiven Gipfeln. Statt schönen Fotos mit autoritären und nationalistischen Machthabern braucht es Solidarität mit Demokratiebewegungen.

Demokratie bedeutet Antifaschismus

Wenn ich seitdem ich in Sachsen bin etwas gelernt habe, dann wie stabil antifaschistischer Protest funktioniert. Egal ob mit der GJ Sachsen gegen die Novellierung des Sächsischen Polizeigesetzes oder alljährlich am 13. Februar gegen geschichtsrevisionistische Fackelmärsche. Wir brauchen lauten Antifaschismus – Auf den Straßen, in den Wohnzimmern und im Parlament!

Wir können nicht weiter zuschauen wie Rechtsextreme immer mehr Einfluss, immer mehr Macht gewinnen, und unsere staatlichen Institutionen im besten Fall wegschauen oder ihren Job einfach schlecht machen. Innenpolitik sollte immer in erster Linie vom Menschen aus gedacht werden. Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, dass demokratische Teilhabe für alle möglich ist, rechtsextreme Demokratiefeinde konsequent verfolgt werden und die Hufeisentheorie in die Geschichtsbücher verbannt wird. Das bedeutet, dass problematische Behörden wie der Verfassungsschutz abgeschafft gehören. Stattdessen braucht es eine Neugründung einer gut kontrollierten Terrorabwehrbehörde sowie dem Aufbau eines Zentrums für Demokratieforschung auch auf Bundesebene. Ebenso müssen wir absurde Extremismusetze endlich hinter uns lassen und stattdessen ein Demokratieförderungsgesetz auf den Weg bringen.

Ich trete auch aus einer antifaschistischen Überzeugung für den Bundestag an. Wir müssen dem Rechtsruck und den lange schwelenden Problemen im braunen Sumpf deutlich entgegentreten. Mit progressiven Inhalten und klarer Kante. Deswegen kämpfe ich für ein gerechtes Wirtschaftssystem und eine Außenpolitik, die den Menschen und nicht Nationalstaaten in den Mittelpunkt stellt. Als Abgeordnete wäre für mich zudem klar, dass die Unterstützung antifaschistischer Strukturen in Sachsen ein Grundpfeiler meiner Wahlkreisarbeit sein wird. Antifaschistische Initiativen und Gruppen müssen gehört und ernst genommen werden. Der Zugang zu Fördergeldern für sie muss erleichtert, die abrufbaren Mittel ausgebaut werden.

Zeit für Verantwortung

Repräsentation ist nicht alles, aber es kann nicht sein, dass der Bundestag absolut unverhältnismäßig aus alten, weissen Männern besteht und dass selbst wir in der aktuellen Legislatur nicht ein*e Abgeordnete*n unter 30 stellen. Auch deswegen kandidiere ich. Insbesondere jungen Menschen und Frauen möchte ich eine starke Stimme verschaffen und ihre Sichtweisen in den Bundestag tragen.

Neben meinem Amt als Landessprecherin der GRÜNEN JUGEND Sachsen habe ich bereits innerparteilich als auch in der Zivilgesellschaft und an der Universität in verschiedenen Gremien und auf verschiedenen Ebenen mitwirken können. Diese Erfahrungen und meine Fachkenntnisse aus dem Studium möchte ich nun mit in den Bundestag nehmen. Denn für mich ist jetzt der Zeitpunkt mehr Verantwortung zu übernehmen. Damit wir in Zukunft alle das gute Leben leben können. Ich möchte die Möglichkeiten unseres Parlamentes nutzen, um echte Veränderung zu bewirken.

Darum bewerbe ich mich für die Landesliste der Bündnisgrünen in Sachsen und bitte um eure Unterstützung.

Merle